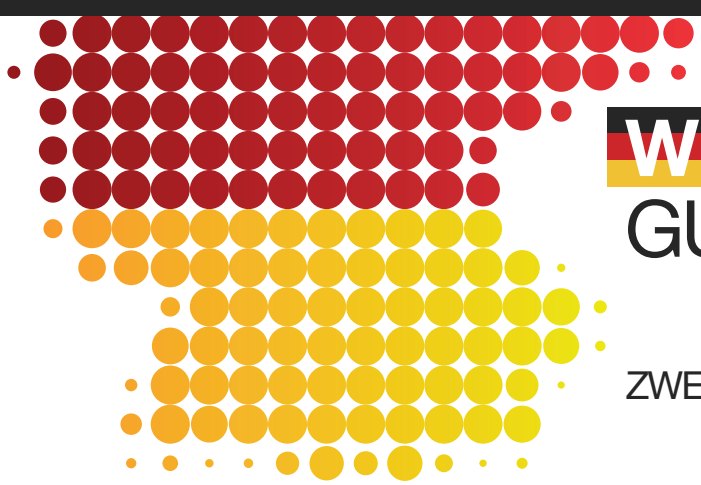


HABEN SIE SCHON GEWUSST, DASS...



WIR IN DEUTSCHLAND
GUT DASTEHEHEN?

ZWEI JAHRE CHRISTLICH-LIBERALE KOALITION



I. Einleitung

- Deutschland: In sechs Jahren vom „Schlusslicht“ zur „Wachstumslokomotive“ in Europa
- Weg aus der Krise
- Verwerfungen auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft
- Schuldenkrise des Euro-Raumes
- Reaktorkatastrophe in Japan – Neuausrichtung der Energiepolitik für Deutschland
- Unser Land – bei der CDU in guten Händen

II. Wir haben Deutschland voran gebracht

II.1 Politik für ein starkes Deutschland

- Deutschland – mit Rekordwachstum wieder ganz vorne dabei!
- Aufschwung am Arbeitsmarkt: Arbeitslosigkeit sinkt, Erwerbstätigkeit steigt,
- Finanzen konsolidiert
- Bildung und Forschung in Deutschland vorangebracht
- Investitionen in Infrastruktur verstetigt
- Erfolgreich auf dem Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien
- Stimmung in der Landwirtschaft deutlich verbessert

II.2 Politik für ein lebenswertes Deutschland

- Finanzierung des Gesundheitssystems auf eine solide Basis gestellt
- Familien in Deutschland gestärkt
- Erfolge bei der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Integration – Verbindung aus Fördern und Fordern
- Ehrenamt und Bürgergesellschaft vorangebracht
- Verbraucherfreundliche Politik gestärkt

II.3 Politik für ein sicheres Deutschland

- Innere Sicherheit: Deutschland – eines der sichersten Länder der Welt
- Äußere Sicherheit: Verteidigung auf eine zeitgemäße neue Grundlage gestellt
- Internationale Verantwortung: Für Religionsfreiheit und Zusammenarbeit – weltweit

III. Ausblick: Zukunft in Verantwortung gestalten

- Verantwortungsbewusster Umgang mit Wirtschaft und Finanzen
- Ressourcen verantwortlich nutzen
- Den demografischen Wandel begleiten
- Schulden reduzieren – die Bürger entlasten
- Familien entlasten – Zusammenhalt stärken
- Verantwortung übernehmen

I. EINLEITUNG

Deutschland: In sechs Jahren vom „Schlusslicht“ zur „Wachstumslokomotive“ in Europa

In vielen Bereichen steht unser Land heute deutlich besser da, als am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün 2005. Deutschland ist innerhalb von sechs Jahren vom „Schlusslicht Europas“ wieder zu einer „Wachstumslokomotive“ für den ganzen Kontinent geworden. Auf dem Arbeitsmarkt, bei den Wachstumszahlen, bei der Stimmung in der Wirtschaft, in der Finanzpolitik aber auch in den Bereichen der technologischen Leistungsfähigkeit, von der Bildung bis hin zur Inneren Sicherheit ist die Situation deutlich besser als 2005 – vielfach sogar besser als vor der Krise 2008.

Seit zwei Jahren regiert die christlich-liberale Koalition Deutschland unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. In diesen Jahren hat sich unser Land dank des großen Einsatzes der Arbeitnehmer und Unternehmer sowie richtig gesetzter politischer Rahmenbedingungen sehr gut entwickelt. Wir haben unser Wahlversprechen gehalten und Deutschland erfolgreich aus der Krise geführt. Die Unternehmen suchen derzeit so viele Arbeitskräfte wie schon lange nicht mehr. Noch nie hatten im geeinten Deutschland mehr Menschen Arbeit als heute.

Weg aus der Krise

In der christlich-liberalen Koalition ist Deutschland auf dem Weg aus der Krise gut vorangekommen. Diese Entwicklung ist ein Ansporn, den erfolgreichen Weg auch in den nächsten Jahren fortzusetzen und die vor uns liegenden Aufgaben beherzt anzugehen. Es ist uns bewusst, dass unser Deutschland und Europa inmitten fundamentaler Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse stehen.

Drei der letzten sechs Jahre wurden von bisher unvergleichbaren Ereignissen geprägt, die umgehendes Handeln der CDU-geführten Bundesregierung notwendig machten: die Internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009, die Schuldenkrise in den Ländern des Euro-Raumes mit ihren Folgen für die gemeinsame Währung seit 2010 sowie das Erdbeben in Japan mit der folgenden Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011.

Verwerfungen auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft

Ende 2008 brach die größte Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit aus. Auch Deutschland drohten Zusammenbrüche von Banken. Unser Land erlebte mit fast fünf Prozent den größten Rückgang der Wirtschaftskraft in seiner Geschichte. Die CDU-geführte Bundesregierung musste schnell handeln, um das weitere Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft einzudämmen und neue Wachstumskräfte zu mobilisieren.

Ende 2009, nur wenige Wochen nach Regierungsübernahme, hat die neugewählte christlich-liberale Koalition in Rekordzeit das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet.

Für die CDU gilt: In der Sozialen Marktwirtschaft setzt der Staat im Wirtschaftsleben grundsätzlich nur den Rahmen. Er tritt als Schiedsrichter und nicht selbst als Akteur auf. Dennoch war für uns angesichts der massiven Verwerfungen auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft ein beherrschtes staatliches Eingreifen richtig und unvermeidlich, um vitale Mechanismen unserer Volkswirtschaft zu sichern. Ebenso wichtig war es, nach bestandener Krise die Maßnahmen wieder zurückzufahren und nicht zur Dauersubvention werden zu lassen.

- Zunächst ging es darum, den Liquiditätsfluss zwischen den Banken und damit die Geld- bzw. Kreditversorgung der Volkswirtschaft sicherzustellen. Nur so konnten Gefahren für die Ersparnisse sowie für die Altersvorsorgemaßnahmen breiter Bevölkerungskreise abgewendet werden. Mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat die CDU-geführte Bundesregierung ein wichtiges Instrument für die Sicherung von Finanzinstituten eingeführt. Zusätzlich hat der neu geschaffene Deutschlandfonds vor allem Unternehmen des Mittelstands bei der Kreditbeschaffung unterstützt.
- Darüber hinaus hat die CDU-geführte Bundesregierung mit gezielten Maßnahmen geholfen, besonders von der Krise betroffenen Unternehmen Brücken über die Rezession zu bauen. Die Abwrackprämie für Autos beispielsweise hat einen sehr wichtigen Wirtschaftszweig – von Zulieferern bis zu den Autohäusern – in der Phase stärkster Rezession gestützt und so auch gesamtwirtschaftlich stabilisierend gewirkt. Die vorübergehenden erweiterten Möglichkeiten des Kurzarbeitergeldes haben geholfen, dramatische Entlassungswellen, wie es sie in anderen Ländern gab, zu verhindern. Dies hat

den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, Fachkräfte zu halten und in der Erholungsphase rasch die Kapazitäten wieder auslasten zu können.

- Fast alle in der Krise ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen sind mittlerweile ausgelaufen. Um die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen, hat die christlich-liberale Koalition mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom Dezember 2009 Unternehmer und Arbeitnehmer so entlastet, dass weitere Wachstumskräfte für den Aufschwung freigesetzt werden konnten.
- Parallel dazu hat die christlich-liberale Koalition eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die auf den Finanzmärkten und in der Finanzwirtschaft mehr verantwortliches Handeln bewirken sollen. Dies soll dazu beitragen eine Wiederholung der Krise zu vermeiden. Nach allen bisherigen Erfahrungen hat sich dabei herausgestellt, dass eine europäisch – und besser noch international – abgestimmte Gesetzgebung den effektivsten Nutzen bringt, jedoch am schwierigsten erreichbar ist. So hat die Bundesregierung zur Regulierung der Finanzmärkte und der Bekämpfung überbordender Spekulation einige Maßnahmen – wie das Verbot bestimmter Leerverkäufe – national durchgesetzt. Einige Staaten Europas sind dem mittlerweile gefolgt. Eine Reihe weiterer Maßnahmen – etwa in den Bereichen Bankenaufsicht, Zulassung von Produkten und Akteuren sowie Transparenz – konnten auf europäischer und internationaler Ebene auf den Weg gebracht werden.

Schuldenkrise des Euro-Raumes

In der Folge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes gab es Anfang 2010 erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung. Im Frühjahr 2010 verloren die Finanzmärkte das Vertrauen in die Finanzkraft Griechenlands sowie – in der Folgezeit – einiger weiterer Euro-Länder. Ursachen dafür waren neben den hohen Kosten für Rettungsaktionen für den Bankensektor während der Krise insbesondere eine mitunter unverantwortliche Haushaltspolitik, ein mitunter mangelhafter Vollzug bei Steuerschulden sowie Manipulationen von Statistiken.

Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble die Situation in Griechenland und in anderen Ländern durch eine gemeinsame europäische Kraftanstrengung im Frühjahr 2010 vorübergehend beruhigen konnten, verschärfte sich die Krise bis zum Ende letzten Jahres erneut. Weil die Probleme eines angeschlagenen Staates in einem gemeinsamen Währungsraum schnell auch zu den Problemen anderer Staaten werden können, drohen Ketten-

reaktionen, die auch die „gesunden Eurostaaten“ und am Ende die Währung selbst in erhebliche Mitleidenschaft ziehen können.

In der Schuldenkrise des Euro-Raumes zeigte sich, dass der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt (ESWP) allein nicht ausreichte, um die Stabilität des Euro dauerhaft zu gewährleisten. Umso mehr, als selbst Deutschland unter Rot-Grün dazu beigetragen hatte, den ESWP aufzuweichen, nachdem es 2002 bis 2005 massiv gegen die Drei-Prozent-Defizitgrenze verstoßen hatte.

Mit dem Regierungswechsel 2005 hat die neue Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel die deutsche Finanzpolitik grundsätzlich neu ausgerichtet:

- Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Finanzen in Deutschland konsolidiert und eine Schuldenbremse für eine nachhaltige Finanzpolitik eingeführt. Mit der Schuldenbremse im Grundgesetz wird die Staatsverschuldung begrenzt; Bund und Länder erhalten verbindliche Vorgaben zur Reduzierung ihrer Haushaltsdefizite.
- Zugleich wurde der ESWP gestärkt, damit einer Überschuldung einzelner Mitgliedsländer in Zukunft früher vorgebeugt werden kann.
- Die Bundesregierung hat mit den anderen Mitgliedstaaten einen „Pakt für den Euro“ (auch „Euro Plus“-Pakt genannt) geschlossen: Um die wirtschaftliche Entwicklung in der Währungsunion zu stärken, stimmen sich die Regierungen der 17 Euro-Staaten sowie weiterer sechs EU-Mitgliedstaaten bei der Wirtschafts-, Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik in Zukunft enger ab.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel hat darüber hinaus drei entscheidende Dinge durchgesetzt:
 1. Hilfen für überschuldete Euro-Staaten gibt es nur unter strengen Bedingungen, z. B. in Verbindung mit umfassenden Sparprogrammen.
 2. Die Erfüllung der Bedingungen wird laufend überprüft – sonst gibt es kein weiteres Geld.
 3. Private Banken und Gläubiger müssen ihren Anteil an den Kosten der Krise tragen.

Reaktorkatastrophe in Japan – Neuausrichtung der Energiepolitik für Deutschland

Im März 2011 bebte vor der Küste Japans die Erde. Der nachfolgende Tsunami verursachte unvorstellbares menschliches Leid mit über 20.000 Toten, Vermissten und Obdachlosen sowie Schäden in dreistelliger Milliardenhöhe. Dazu kam die nukleare Katastrophe in Fukushima.

Letztere hat auch bei uns die Sicht auf die Risiken der friedlichen Nutzung der Kernkraft nachhaltig verändert, denn das vorher Unvorstellbare war in einem Hochtechnologieland Wirklichkeit geworden. Also musste die Bundesregierung handeln: Die ältesten Reaktoren wurden sofort vom Netz genommen und innerhalb eines dreimonatigen Moratoriums wurden die Weichen in der Energieversorgung neu gestellt.

Im Lichte der sich daraus ergebenden neuen Einschätzungen der Reaktorsicherheitskommission und einer Ethikkommission konsequent gehandelt. Dazu gehört die Begrenzung der Nutzung der Kernkraft bis spätestens 2022 und ein noch zügiger Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Wirtschaft wird eine langfristige Planungs- und Investitionssicherheit gegeben, die sie unter Rot-Grün nie hatte. Schließlich wird mit neuen Umwelttechnologien für unser Land eine gute Wettbewerbs- und Wachstumsstrategie eröffnet.

- Deutschland wird schrittweise bis spätestens Ende 2022 vollständig auf die Stromerzeugung in Kernkraftwerken verzichten. Dieses Datum deckt sich im Ergebnis mit dem von Rot-Grün gefassten Ausstiegsbeschluss. Im Gegensatz zu Rot-Grün haben wir aber eine klare Vorstellung über den Weg bis 2022 entwickelt, der einen sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Umstieg auf die Erneuerbaren Energien sichert.
- Erneuerbare Energien sollen zügig ausgebaut werden. Ihr Anteil an der Stromversorgung soll von heute 17 auf mindestens 35 Prozent bis spätestens 2020 steigen. Dafür sind umfangreiche Investitionen, z. B. in neue Netze und energieeffiziente Anlagen, geplant. Der durch die Abschaltung der Kernkraftwerke fehlende Strom soll übergangsweise durch den Zubau von effizienten Gas- und Kohlekraftwerken überbrückt werden. Um Energieeinsparungen insgesamt erzielen zu können, fördern wir verstärkt die Wärmedämmung von Gebäuden. So wollen wir in Deutschland eine zukunftsfähige Energieversorgung verwirklichen und die Klimaschutzziele einhalten.
- Um die Kosten für private Verbraucher wie für die Industrie unter Kontrolle zu halten, wurde das EEG weiterentwickelt und wird mit Hilfe von neuen Flexibilitäts- und Marktprämien sehr viel mehr als in der Vergangenheit die Kosteneffizienz dieser Form der Energieversorgung berücksichtigen. Begünstigungs- und Ausgleichsregelungen für besonders stromintensive Unternehmen wurden deutlich verbessert. Alle Maßnahmen zur Energiewende werden ständig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Unser Land – bei der CDU in guten Händen

Alle drei Beispiele zeigen: Herausforderungen treten oft plötzlich auf. Sie sind dabei so vielseitig und komplex, dass sie nur durch eine Vielzahl von Entscheidungsschritten über einen längeren Zeitraum zu einer richtigen Lösung gebracht werden können.

Diese drei Beispiele zeigen auch: Die christlich-liberale Koalition hat in den ersten zwei Jahren Regierungszeit – gerade auch angesichts der schwierigsten Herausforderungen – Handlungsfähigkeit bewiesen. Sie hat die verschiedenen Probleme konsequent angepackt und dabei Entscheidungen getroffen, die sich im Nachhinein als richtig erwiesen haben.

II. Wir haben Deutschland voran gebracht

II.1 Politik für ein starkes Deutschland

Die CDU-geführte Bundesregierung hat innerhalb kurzer Zeit Deutschland wieder vorangebracht, indem sie die richtigen Rahmenbedingungen bei Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Finanzen, Bildung und Forschung, Energie, Verkehr und in der Landwirtschaft gesetzt hat. Die – Zustimmung insbesondere vom Mittelstand – zu den politischen Rahmenbedingungen ist deutlich besser geworden. Nach einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young stieg die Zustimmung für die bundesweite Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland von lediglich zehn Prozent in 2005 auf 77 Prozent im Jahr 2011.

Deutschland – mit Rekordwachstum wieder ganz vorne dabei!

2010 ist die Wirtschaft in Deutschland um 3,6 Prozent gewachsen – so stark wie noch nie seit der Deutschen Einheit und doppelt so stark, wie im Durchschnitt der EU. 2011 wird sich der Aufschwung in Deutschland mit einem ähnlich deutlichen Wachstum fortsetzen.

- Besonders aufschlussreich ist ein Blick darauf, wie sich die Wirtschaftskraft Deutschlands im europäischen Vergleich in den letzten Jahren entwickelte. Die Wirtschaftskraft pro Kopf war in Deutschland am Ende der Amtszeit von Helmut Kohl fast 15 Prozent höher als der Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Mitglieder. Bis Mitte des letzten Jahrzehnts war Deutschland unter Rot-Grün auf das Durchschnittsniveau gesunken.

Seit Angela Merkel regiert steigt Deutschland wieder in der Wohlstandstabelle nach oben. In diesem Jahr wird Deutschland wieder um fast zehn Prozent über dem Durchschnitt liegen. Ein erheblicher Teil des Abstiegs unter der rot-grünen Regierung konnte damit in der Kanzlerschaft von Angela Merkel wieder aufgeholt werden.

- Der Export 2011 wird voraussichtlich erstmals die Euro- Billionenmarke überschreiten und sieben Prozent höher liegen als vor der Krise 2008 und um ein Drittel höher als 2005 sein.
- Der CDU-geführten Bundesregierung gelingt es, durch weniger aber gezieltes staatliches Engagement die Wachstumskräfte zu unterstützen. Die Staatsquote wird von 47 Prozent in 2005 auf etwa 45 Prozent in diesem Jahr zurückgehen. Im Durchschnitt der EU stieg sie im gleichen Zeitraum von 47 auf 49 Prozent.

Aufschwung am Arbeitsmarkt:

Arbeitslosigkeit sinkt, Erwerbstätigkeit steigt,

Arbeitslosigkeit sinkt

Arbeit für alle ist für uns ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Sie schafft Einkommen und Wohlstand, stiftet Lebenssinn, ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ermöglicht, das Leben eigenverantwortlich und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die CDU will Arbeit für alle und sieht sich, wie auch die Tarifpartner, dem Ziel der Vollbeschäftigung verpflichtet. Auf dem Weg dieses Ziel zu erreichen, sind wir sehr gut vorangekommen. Die Arbeitslosigkeit ist von fast 5 Millionen im Jahr 2005 auf zuletzt unter 3 Millionen deutlich zurückgegangen.

- Deutschland ist neben Luxemburg das einzige EU-Land, das derzeit eine niedrigere Arbeitslosenquote hat als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008: Wir liegen 20 Prozent unter dem Wert von 2008, parallel dazu liegen die übrigen EU Länder fast 50 Prozent höher als 2008. Gegenüber 2005 hat sich bei uns die Arbeitslosenquote fast halbiert, während sie in den anderen EU-Ländern um durchschnittlich 15 Prozent stieg.
- Deutschland lag 2005 in der EU bei der Arbeitslosenquote auf dem drittschlechtesten Platz – heute belegen wir Rang vier. Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Deutschland sogar auf dem zweitbesten Platz. Die Quote liegt in Deutschland mit etwa neun Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt von über 20 Prozent. Sie ist knapp halb so hoch wie während der Regierungszeit von Rot-Grün – 2005 hatte sie sich gegenüber 1998 von 9 auf 16 Prozent fast verdoppelt. Auch Dank der CDU-geführten Bundesregierung profitieren jetzt aber gerade die jungen Menschen in unserem Land wieder von der günstigen Situation am Arbeitsmarkt.
- Auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit gibt es Verbesserungen: Im Jahr 2010 konnten insgesamt etwa eine Million Arbeitslosengeld II-Empfänger vermittelt werden. Dies sind 17 Prozent mehr als 2009; die höchste Zahl seit 2005.

Erwerbstätigkeit steigt

Es ist bei aller positiven Entwicklung richtig, dass zusätzliche Arbeitsplätze auch in den Bereichen Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigung entstanden sind. Allerdings ist der Aufschwung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zwischen 2005 und 2010 keineswegs nur auf Zeitarbeit und befristete Beschäftigung zurückzuführen.

- Bei der Zahl der Erwerbstätigen wird mit fast 41 Millionen ein neuer Rekordwert erwartet. Gleichzeitig wird damit gerechnet, dass die Zahl der sogenannten Ein-Euro-Jobs um fast ein Viertel auf rund 200 000 zurückgeht. Auch die Minijobs werden um rund 70 000 zurückgehen.
- Auch wenn es um die Erwerbstätigkeit und damit die Chancen Älterer am Arbeitsmarkt geht, nimmt Deutschland mittlerweile einen Spitzenplatz in Europa ein. Mit 57,7 Prozent Erwerbstätigenquote bei den 55- bis 64-Jährigen liegt Deutschland auf Platz 2 in der EU – nur Schweden ist noch besser. In der Regierungszeit von Rot-Grün lag Deutschland auf dem 12. Platz.
- Die Zahl der Vollzeitstellen bei allen Beschäftigten (inklusive Beamte u. a.) steigt an: von 2005 bis 2010 um 300 000. Sicher ist der Anstieg in der Teilzeit mit 1,2 Millionen deutlich größer. Dies muss aber kein schlechtes Zeichen sein – oft ist Teilzeittätigkeit Ausdruck der Verwirklichung individueller Lebens- und Arbeitsvorstellungen oder der Einstieg in eine spätere Vollzeitstelle.
- Die Zahl sogenannter Leiharbeiter nahm um etwa 800 000 zu. Mit etwa 700 000 gab es aber auch deutlich mehr „übliche“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- Unter dem Strich wurden 2010 rund 3,1 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als 2005. Für 2011 wird hier ein neuer Rekordwert erwartet.

Aufschwung am Arbeitsmarkt entlastet Sozialkassen und bringt Arbeitnehmern mehr Geld

Die erfolgreiche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der CDU-geführten Bundesregierung wirkt sich positiv auf die sozialen Sicherungssysteme aus.

- Im ersten Quartal 2011 verzeichnete die gesamte gesetzliche Sozialversicherung einen Überschuss von 100 Millionen Euro. Im ersten Quartal 2010 gab es noch ein Defizit von vier Milliarden Euro.
- Nachdem der Beitragssatz schon seit geraumer Zeit abgesenkt ist, geht es nun auch bei den realen Nettoeinkommen – also bei dem, was sich die Menschen tatsächlich leisten können – endlich wieder bergauf. Mit einem Plus von 2,4 Prozent im Jahr 2010 sind die Nettoeinkommen so stark wie seit 1992 nicht mehr gestiegen. Auch dank der Abgabentlastungen der CDU-geführten Bundesregierung im Jahr 2010, stiegen die Nettoeinkommen dabei doppelt so stark wie die Bruttoeinkommen.

Finanzen konsolidiert

Deutschland: Vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker

In den Jahren 2002 bis 2005 verstieß Deutschland unter Rot-Grün vier Jahre hintereinander gegen die Drei-Prozent-Defizit-Grenze des Maastricht-Vertrages. Unter den damaligen EU-Ländern – so weiß man heute – gab es nur noch ein weiteres Land, das eine vergleichbar schlechte Bilanz für diesen Zeitraum vorzuweisen hat – Griechenland. Unter diesen Vorzeichen ist es nicht verwunderlich, dass die damalige rot-grüne Bundesregierung die Aufweichung des Stabilitätspakts betrieb. Im Ergebnis war dieser zu einem zahnlosen Papiertiger verkommen. Vieles, was sich in den letzten Jahren gerade im Mittelmeerraum an unverantwortlicher Finanzpolitik abgespielt hat, wurde so erst ermöglicht.

- Als Rot-Grün die Regierung übernahm, hatte Deutschland einen Schuldenstand von 60 Prozent des BIP. Der EU-Durchschnitt lag zu dieser Zeit bei 66 Prozent. Sieben rot-grüne Jahre später war der deutsche Wert auf 68 Prozent gestiegen, während der EU-Durchschnitt auf 66 Prozent gefallen war. Bis 2007, dem Jahr vor der Krise, gelang es, den Schuldenstand in Deutschland auf 65 Prozent zurückzufahren.
- In Deutschland ist, wie in allen anderen Ländern der EU, der Schuldenstand der öffentlichen Hand im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise angestiegen. Ein nicht unerheblicher Grund war dabei die Übernahme von Risikopapieren in so genannten „Bad Banks“ durch den Staat. Es ist aber eindeutig zu erkennen, dass sich die Position Deutschlands unter der Regierung von Angela Merkel im europäischen Vergleich deutlich verbessert hat! Ende 2011 wird der Schuldenstand mit rund 82 Prozent des BIP zwar krisenbedingt höher liegen als 2007, aber dem europäischen Durchschnittswert entsprechen.
- Von 2006 bis voraussichtlich 2011 hat Deutschland nur einmal gegen die Defizitgrenze verstoßen. Besser waren im Euro-Raum lediglich Estland, Finnland und Luxemburg, die gar nicht gegen die Grenze verstoßen haben. Deutschland ist damit in die Spitzengruppe bei der Haushaltsstabilität aufgestiegen.
- Mit der von uns durchgesetzten Schuldenbremse wird noch in diesem Jahrzehnt die Politik der Neuverschuldung in Deutschland beendet und die Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik endlich Realität.
- Die CDU-geführte Bundesregierung setzt auf einen verschärften und damit schlagkräftigeren ESWP, der einen entscheidenden Beitrag für die Stabilität im Euro-Raum leisten kann.

Verbesserte Finanzausstattung der Kommunen ermöglicht bürgernahe Politik

Die Situation in den Kommunen ist von entscheidender Bedeutung dafür, dass sich die Menschen in unserem Land wohl fühlen und für ihre Familien Entwicklungsperspektiven sehen. Wie sehen Betreuungs- und Freizeitangebote aus, in welcher Verfassung sind Parks, Straßen, Schulen und weitere Teile der kommunalen Infrastruktur? Dies sind wichtige Fragen, die sich auch hinsichtlich der Finanzierung stellen.

- 2010 wiesen die Kommunalhaushalte infolge von Einnahmeausfällen aufgrund der internationalen Krise noch ein Defizit aus. 2011 werden die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden im Vergleich zu 2010 um voraussichtlich 3,3 Milliarden Euro auf 73,7 Milliarden Euro steigen. Für das Jahr 2012 erwartet das Bundesfinanzministerium sogar einen ausgeglichenen Kommunalhaushalt. Unsere Politik hilft den Kommunen.
- Die unionsgeführte Bundesregierung ermöglichte durch eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor der Krise kommunale Finanzierungsüberschüsse von 2,9 Milliarden Euro im Jahr 2006, 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2007 und 7,4 Milliarden Euro im Jahr 2008.
- Durch die Konjunkturpakete der CDU-geführten Bundesregierung konnte in den Krisenjahre 2009 und 2010 sogar ein Teil des rot-grünen Investitionsstaus aufgelöst werden. Dieser war unter Rot-Grün insbesondere in den Jahren von 2003 bis 2005 entstanden: In den Jahren 2004 und 2005 gab es Defizite von 4 bzw. 2 Milliarden Euro. Tiefpunkt war ein 8 Milliarden Euro Defizit im Jahr 2003.
- 2010 hatte die CDU-geführte Bundesregierung zudem eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt, in der mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung erarbeitet wurden. Das wichtigste Ergebnis ist die stufenweise Übernahme der Kosten der Altersgrundsicherung durch den Bund. So werden bis 2015 die kommunalen Sozialausgaben um 12,2 Milliarden Euro entlastet; bis 2020 wird die Entlastung voraussichtlich sogar rund 54 Milliarden Euro betragen. Rot-Grün hatte das Gesetz zur Altersgrundsicherung im Jahr 2003 beschlossen ohne einen angemessenen Finanzausgleich für die Kommunen zu schaffen.

Bildung und Forschung in Deutschland vorgebracht

Von Anfang an hat die CDU-geführte Bundesregierung bewusst auf Bildung, Forschung und Innovation gesetzt. Denn die „Investitionen in die Köpfe“ ist der Weg, um vorhandenes Potenzial zu wecken und zur Entfaltung zu bringen. Gerade in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist dies eine lebenswichtige Investition in die Zukunft. Auch dank dieser Strategie ist Deutschland gestärkt aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgegangen. Von den Zuwächsen profitieren vor allem junge Menschen:

- Trotz doppelter Abiturjahrgänge und dem Aussetzen der Wehrpflicht finden die Studierenden an unseren Hochschulen gute Bedingungen vor. Dafür haben wir viel getan:
 - Mit dem Hochschulpakt von Bund und Ländern konnten wir 2010 insgesamt 182 000 zusätzliche Studienplätze gegenüber 2005 schaffen.
 - Das BAföG haben wir auf bis zu 670 Euro angehoben. Damit liegt der Höchstsatz heute 15 Prozent höher als 2005.
 - Mit dem Deutschlandstipendium fördern wir erstmals ab 2011 bis zu 10 000 begabte Studierende mit monatlich 300 Euro.
- Die Unterstützung kommt an: Inzwischen studieren 46 Prozent eines Jahrgangs, 2005 waren es noch 37 Prozent. Zum Sommersemester 2010 und zum Wintersemester 2010/2011 nahmen 93 200 Studienanfänger ein Ingenieurstudium auf – ein Anstieg von 8,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und eine Steigerung um rund 48 Prozent gegenüber 2005 mit rund 63 000. Während 2005 etwa 141 000 Personen vom Meister-BAföG profitierten, gab es 2010 schon 166 000 Geförderte.
- Auch in der Forschung ist unser Land 2011 sehr gut aufgestellt: Mit einer Forschungsquote von rund 2,8 Prozent am Bruttoinlandsprodukt spielt Deutschland international in der ersten Liga. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Forschungsförderung im Zeitraum 2005 bis 2011 von 9 auf 13 Milliarden Euro aufgestockt – eine Steigerung um 44 Prozent.
- Deutschland liegt bei weltmarktrelevanten Patenten heute wieder weit vor dem Durchschnitt der europäischen Staaten – auch vor Japan und den USA! Bei uns werden mehr als 350 dieser für die Exportindustrie bedeutenden Patente im Jahr entwickelt. In der EU, in den USA und in Japan sind es im Schnitt lediglich zwischen 150 und 250. Noch deutlicher wird unser Platz im internationalen Vergleich bei der Patentintensität, das heißt bei den Patent-

anmeldungen je Million Erwerbstätige, die ein wichtiges Maß für die Innovationskraft einer Volkswirtschaft darstellt: Hier liegt Deutschland hinter der Schweiz auf Platz zwei weltweit.

- Die Forschungsaufwendungen der Unternehmen steigen unter der CDU-geführten Bundesregierung rasant an und erreichen 2011 voraussichtlich das Rekordniveau von 61 Milliarden Euro, während sie von 2000 bis 2004 bei 42 bis 46 Milliarden Euro verharrten. Allein seit 2005 sind rund 40 000 neue Vollzeitstellen in Forschung und Entwicklung geschaffen worden.
- Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sind sehr innovativ. Seit 2005 haben sie ihre Forschungs- und Entwicklungsmittel um beachtliche 40 Prozent gesteigert und zugleich die Vollzeitstellen auf diesem Gebiet von rund 60 000 auf über 77 000 gesteigert. Mehr als die Hälfte unserer mittelständischen Unternehmen hat in den letzten drei Jahren eine Produkt- oder Prozessinnovation auf den Markt gebracht. Damit liegt der deutsche Mittelstand an der Spitze aller EU-Länder; im Durchschnitt der EU erbringen nur rund ein Drittel der mittelständischen Unternehmen vergleichbare Leistungen. Die Bundesregierung unterstützt gezielt diese Innovationskraft des deutschen Mittelstands mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), das inzwischen 500 Millionen Euro umfasst.

Investitionen in Infrastruktur verstetigt

Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung unseres Wohlstands, denn nur eine zukunftsfähige Infrastruktur sichert Wachstum und Arbeitsplätze. Eine leistungsfähige Infrastruktur und Mobilität sind gleichermaßen Grundlage für persönliche Freiheit und Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft in der Mitte Europas. Die Verkehrsinfrastruktur zählt zu den positiven Standortfaktoren unseres Landes. Die CDU-geführte Bundesregierung arbeitet dafür, die Qualität und Leistungsfähigkeit zu erhalten, weiter zu verbessern und an neue Herausforderungen anzupassen.

- Die Verkehrsinvestitionen 2010 konnten wir mittels der Konjunkturpakete auf dem Rekordniveau von 2009 (12 Milliarden Euro) halten. Für die Jahre 2011 bis 2014 ist es gelungen, die Verkehrsinvestitionen mit konstant 9,7 Milliarden Euro auf einem hohen Niveau festzuschreiben – jedes Jahr rund 300 Millionen Euro mehr als in den Jahren 2001 bis 2008.
- Die CDU-geführte Bundesregierung sorgt dafür, dass unsere Straßen sicherer werden. Denn die Akzeptanz der Bürger für den Verkehr hängt auch vom erfolgreichen Bemühen ab, diesen

so sicher und umweltgerecht wie möglich abzuwickeln. So ist das begleitete Fahren ab 17 Jahren Anfang 2011 endgültig eingeführt worden. Dadurch lassen sich die Unfallzahlen von Führerscheinneulingen um rund 20 Prozent senken. Zudem wird durch den verstärkten Einsatz von Verkehrstelematik der Verkehr intelligent gelenkt, läuft flüssiger und die Leistungsfähigkeit der Autobahnen steigt deutlich. Vier- und mehrstreifige Bundesstraßen werden zum Teil in die LKW-Maut einbezogen, um den Ausweichverkehr zu beschränken.

- Gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft wird die Einführung von Wechselkennzeichen vorbereitet. Davon können zum Beispiel saubere, umweltfreundliche Zweitwagen oder auch Elektroautos profitieren. Damit haben wir auch unsere Umwelt- und Klimaschutzziele im Blick, denn wir wollen mehr abgasarme Fahrzeuge auf unsere Straßen bringen.

Erfolgreich auf dem Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien

Deutschland ist weltweit Vorreiter einer sicheren, umwelt- und Ressourcen schonenden Energieversorgung. Die Kernenergie soll schrittweise bis zum Jahr 2022 ersetzt und der Weg in das Zeitalter Erneuerbarer Energien beschleunigt werden.

- Der Anteil der Erneuerbaren Energien ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und beträgt mittlerweile etwa 17 Prozent an der Stromerzeugung. Im Jahr 2005 waren es ca. 10 Prozent. Auch in den Bereichen Wärme und Kraftstoffe haben die Erneuerbaren Energien deutlich zugelegt.
- Deutschland hat eine Spitzenposition beim Umwelt- und Klimaschutz sowie beim effizienten Umgang mit Ressourcen und Energie. Dies trägt in großem und wachsendem Umfang zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Wertschöpfung und zur technologischen Entwicklung in unserem Land bei. Neben den großen wirtschaftlichen Chancen birgt dies wichtige Perspektiven für zukunftsfähige Arbeitsplätze.
 - Der deutsche Anteil am Weltmarkt für Umwelttechnologien und Umweltdienstleistungen beträgt heute 224 Milliarden Euro, dies entspricht rund 16 Prozent.
 - Das Investitionsvolumen in der Erneuerbaren Energien-Branche ist seit 2005 von 10,6 auf 26,6 Milliarden Euro gestiegen, entsprechend hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich von 2005 bis heute mehr als verdoppelt.

- Rund 1,8 Millionen Menschen sind in Deutschland im Bereich des Klima- und Umweltschutzes beschäftigt. Im Bereich der Erneuerbaren Energien entstanden ca. 370 000 zukunftsfähige Arbeitsplätze.
- Auch beim effizienten Umgang mit knappen Ressourcen konnten wichtige Erfolge erzielt werden: Die Rohstoffproduktivität (Verhältnis des Bruttoinlandprodukts zum Rohstoffeinsatz) erhöhte sich in Deutschland zwischen 1994 und 2009 um 46,8 Prozent bei einem Anstieg des BIP um 18,4 Prozent im selben Zeitraum.

Anteil Erneuerbarer Energien (EE) am Strom- und Energiemix in den Jahren 2005 bis 2010

Endenergieverbrauch (EEV)	Anteile in Prozent					
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Stromerzeugung (bezogen auf gesamten Stromverbrauch)	10,1	11,6	14,2	15,1	16,3	16,8
Wärmebereitstellung (bezogen auf gesamte Wärmebereitstellung)	6	6,2	7,4	7,4	9,1	9,8
Kraftstoffverbrauch ¹⁾ (bezogen auf gesamten Kraftstoffverbrauch)	3,7	6,3	7,2	5,9	5,5	5,8
Anteil EE am gesamten EEV	6,8	8	9,5	9,3	10,4	11
Anteil EE am gesamten PEV ²⁾	5,3	6,4	7,9	8,1	8,9	9,4

1) Bis 2002 Bezugsgröße Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr, ab 2003 gesamter Verbrauch an Motorkraftstoff, ohne Flugbenzin

2) Primärenergieverbrauch ist der Verbrauch von Primärenergie, den ein Vorgang erfordert. Der Primärenergieverbrauch ergibt sich aus dem Endenergieverbrauch und den Verlusten, die bei der Erzeugung der Endenergie aus der Primärenergie auftreten. (nach: Wikipedia)

Berechnet nach Wirkungsgradmethode; Quelle: AGEB, Stand: Februar 2011

Arbeitsplätze in der Erneuerbaren Energie-Branche:

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Arbeitsplätze	170.000	235.000	250.000	280.000	340.000	370.000

Investitionsvolumen in Mrd. Euro:

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Investition in EE	10,6	12,0	13,6	16,0	20,7	26,6
EEG-induziert	8,4	8,6	10,7	11,9	17,3	23,7

Quelle: BMU, 2011

- Der eingeleitete Umbau der Architektur unserer Energieversorgung ist mit großen Chancen und Herausforderungen verbunden. In Zukunft wird Energie vermehrt aus Wind gewonnen. Viele der dafür erforderlichen Anlagen sollen in der Nord- und Ostsee gebaut werden. Der Transport des damit gewonnenen Stroms in die Wirtschaftsregionen unseres Landes muss über neue Überlandleitungen erfolgen. Damit diese rechtzeitig gebaut werden können, wurde ein neues Planungsbeschleunigungsgesetz verabschiedet.
- Auch der Ausbau von Energiespeichern ist von großer Bedeutung, um Schwankungen bei den Erneuerbaren Energien auszugleichen. Der Bund stellt daher für Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet in einer ersten Phase bis zum Jahr 2014 bis zu 200 Millionen Euro bereit. Insgesamt wird die finanzielle Förderung der Energieforschung deutlich verstärkt. Für die Erforschung von Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz sowie Speicher- und Netztechnik stehen von 2011 bis 2014 3,4 Milliarden Euro bereit, das sind fast 75 Prozent mehr als in den Jahren 2006 bis 2009.
- Auch die energetische Sanierung von Gebäuden bietet riesige Einsparpotenziale. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Finanzmittel des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms von 936 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr für die Jahre 2012 bis 2014 erhöht. Damit unterstützt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Immobilieneigentümer bei der Finanzierung energiesparender Baumaßnahmen durch zinsgünstige Kredite und Investitionszuschüsse. Mit den Fördermitteln wurden von 2006 bis 2010 fast 2,4 Millionen Wohnungen saniert oder besonders energieeffizient errichtet, zudem rund 880 kommunale Einrichtungen. Dies bedeutet auch beträchtliche Fortschritte für den Ressourcen- und Klimaschutz.

Stimmung in der Landwirtschaft deutlich verbessert

2011 hat die deutsche Landwirtschaft die Wirtschaftskrise überwunden, unsere Bauern sehen optimistisch in die Zukunft. Das Investitions- und Konjunkturbarometer Agrar, das im Auftrag des Deutschen Bauernverbandes die Stimmung der Landwirte im politischen und wirtschaftlichen Umfeld untersucht, erreicht wie schon 2007 wieder Höchstwerte. Bis 2005 lag der Index dagegen im Minus. Die Landwirte sahen sich unter Rot-Grün gesellschaftlich und politisch an den Rand gedrängt, konventionelle und ökologisch wirtschaftende Betriebe wurden gegeneinander ausgespielt.

- Die CDU hat wieder verlässliche Bedingungen für Investitionen geschaffen und die Weichen für eine nachhaltige und umweltfreundliche Politik gestellt, ohne dabei in Überregulierung und staatlichen Dirigismus zu verfallen.
 - Mit einer Absenkung der Agrardieselsteuer ist die Wettbewerbssituation für unsere Landwirte an die anderer europäischer Länder angeglichen worden.
 - Die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde mit einer Abfindungsaktion von Kleinstrenten stabilisiert.
 - Reformen zur Straffung der Verwaltung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sind eingeleitet und werden die Beiträge langfristig dämpfen.
- Über die Wirtschafts- und Milchpreiskrise hat die CDU-geführte Bundesregierung der Landwirtschaft mit einem 750 Millionen Euro starken Sofortprogramm hinweggeholfen. Die Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe lagen in den letzten fünf Jahren (Wirtschaftsjahre 2005/06 bis 2009/10) trotz Wirtschaftskrise mit durchschnittlich 40.164 Euro erheblich höher als im Schnitt der Jahre 2000/01 bis 2004/05, als sie bei 33.329 Euro stagnierten. Ein Landwirt ernährt heute mehr als 140 Menschen, doppelt so viele wie vor 25 Jahren.
- Dabei arbeitet die deutsche Landwirtschaft heute nachhaltig und umweltfreundlich. Mehr als ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist in Agrarumweltmaßnahmen integriert und die Zahl der Ökolandbaubetriebe ist von rund 17 000 im Jahr 2005 auf mehr 22 000 angestiegen. Damit hat sich ihr Anteil an den deutschen landwirtschaftlichen Betrieben von 4,4 Prozent auf 7,3 Prozent erhöht.
- Der Agrarexport boomt. Landmaschinen, Betriebsmittel und qualitativ hochwertige Lebensmittel aus Deutschland sind auf dem europäischen Binnenmarkt und weltweit gefragt. Die

Bundesregierung unterstützt die überwiegend mittelständische Agrar- und Ernährungswirtschaft auf Auslandsmessen, mit Marktinformationen und Seminaren. Zwischen 2005 und 2010 haben die deutschen Agrarausfuhren wertmäßig einen rasanten Anstieg von 37 Milliarden auf 52 Milliarden Euro geschafft. Im ersten Quartal 2011 hat sich das Wachstum mit einem Plus von 12 Prozent weiter fortgesetzt. Das sichert und schafft viele Arbeitsplätze. Die Ernährungswirtschaft ist der viertgrößte Industriezweig in Deutschland, sichert heute 544 000 Arbeitsplätze und setzt dabei jeden vierten Euro im Ausland ab.

II.2 Politik für ein lebenswertes Deutschland

Wir wollen, dass Deutschland unsere lebens- und liebenswerte Heimat bleibt. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland identifiziert sich mit unserem Land, mit seiner Sprache und Kultur und den Werten des Grundgesetzes. Demokratie und Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft und die Soziale Sicherheit sind nur einige Gründe, um stolz auf unser Land zu sein. Die CDU-geführte Bundesregierung hat wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um die Identifikation mit unserem Land und Mut und Zuversicht für die Zukunft zu stärken.

Finanzierung des Gesundheitssystems auf eine solide Basis gestellt

Wir wollen, dass auch in Zukunft alle Menschen in Deutschland unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko weiterhin die notwendige medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und wohnortnah erhalten und dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Deshalb haben wir die Weichen für die medizinische Versorgung einer älter werdenden Gesellschaft gestellt.

- Mit den Maßnahmen zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung haben wir die finanziellen Grundlagen des Gesundheitssystems kurz- und mittelfristig auf eine solide Basis gestellt. Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen hat sich nachhaltig verbessert. Nach einem Plus von 112 Millionen Euro im 1. Halbjahr 2010 haben die Krankenkassen im 1. Halbjahr 2011 einen Überschuss von über 2,4 Milliarden Euro erzielt.
- Mit der Einführung des Zusatzbeitrags in der Krankenversicherung, wurde ein wichtiger Schritt zur Entkopplung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten gemacht. Das sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und damit auch die Beschäftigung in den Betrieben. Mehrausgaben der Krankenkassen führen damit künftig nicht mehr zu neuen Kostenbelastungen in den Unternehmen. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, dass dieser Weg richtig ist.
- Wir haben dafür gesorgt, dass mit dem Zusatzbeitrag niemand überfordert wird. Für den Fall, dass der Zusatzbeitrag eine bestimmte Grenze übersteigt, greift ein automatischer Sozialausgleich.

- Die ambulante medizinische Versorgung hat sich unter der CDU-geführten Bundesregierung entscheidend verbessert. Beispielsweise ist die Zahl der an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende Ärzte und Psychotherapeuten vom 31.12.2005 zum 31.12.2009 von 146 971 auf 153 895 gestiegen.
- Die Neuordnung des Arzneimittelmarktes hat die Effizienz und die Qualität der Arzneimittelversorgung gesteigert, indem ein neuer Ausgleich zwischen Innovation und Bezahlbarkeit von Medikamenten hergestellt wurde. Nach Jahren des ungebremsten Anstiegs, können bei den Arzneimitteln in diesem Jahr erstmals Ausgabensenkungen von 4,8 Prozent verzeichnet werden.
- Als Antwort auf die demografische Entwicklung erfolgen Weichenstellungen zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen, damit unser Gesundheitswesen auch in Zukunft allen Menschen eine hochwertige, bedarfsgerechte, wohnortnahe medizinische Versorgung gewährleisten kann. Dabei haben wir insbesondere die ländlichen Regionen im Blick.

Familien in Deutschland gestärkt

Familien mit Kindern – Gewinner unserer Politik

15 Millionen Kinder und ihre Familien profitieren von der Familienpolitik der CDU-geführten Bundesregierung. In keinem anderen Politikbereich geben wir soviel Geld aus. Familien sind für die CDU die wichtigste Säule in der Gesellschaft. Wir unterstützen Familien mit einem Mix aus verschiedenen Maßnahmen und verhelfen ihnen zu mehr Zeit, mehr Geld und besseren Rahmenbedingungen. Heute können Eltern besser als je zuvor wählen und entscheiden, wie sie ihr Familienleben gestalten und mit dem Berufsleben verbinden wollen. Davon profitieren Eltern und Kinder gleichermaßen

- Mit einem Volumen von 187 Milliarden Euro für Familienleistungen (2008) geben wir für Familien 10 Milliarden Euro mehr aus als die rot-grüne Regierung 2005. Wir haben das Kindergeld für das erste und zweite Kind auf 184 Euro, für das dritte Kind auf 190 Euro und für vierte und weitere Kinder auf 215 Euro erhöht. Gleichzeitig wurden die Kinderfreibeträge auf 7.008 Euro angehoben, damit Eltern mehr vom selbstverdienten Einkommen steuerfrei für die Sicherung des Existenzminimums einsetzen können. Damit sind wir der angestrebten Gleichbehandlung des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern näher gekommen.

- Seit 2010 ist auch der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende auf 133 Euro für Kinder bis fünf Jahre und auf 180 Euro für Kinder zwischen sechs und elf Jahren gestiegen.
- Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei den Ausgaben für Familien auf einem Spitzenplatz: So gab Deutschland 2008 (letzte verfügbare Zahl) je Einwohner 757 Euro für Familien und Kinder aus; das sind ungefähr 300 Euro mehr als der Durchschnitt der EU-Länder. Für eine Familie mit zwei Kindern wird in Deutschland 368 Euro Kindergeld aufgewendet, das wird im EU-Vergleich lediglich von Luxemburg mit 440 Euro übertroffen.
- Rechnet man die Ausgaben in der Bildungs- und Familienpolitik zusammen, unterstützt der deutsche Staat jedes Kind bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres mit rund 146.000 Euro. Im Durchschnitt aller OECD-Staaten sind es 22.000 Euro weniger.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gute Kinderbetreuung und die frühe Förderung von Kindern gehören zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben. Für den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen stellt der Bund insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit Erfolg: der Ausbau der Kinderbetreuung schreitet voran. Die Betreuungsquote ist von 13 Prozent (2006) auf 23 Prozent (2010) gestiegen.

Für eine kinderfreundliche Gesellschaft

- Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Misshandlung und Vernachlässigung hat die CDU-geführte Bundesregierung das Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht, das in der letzten Legislaturperiode noch an der SPD scheiterte. Auch Kinderlärm wird in Zukunft kein zulässiger Grund mehr für Nachbarschaftsklagen gegen Kindereinrichtungen und Spielplätze in Wohngebieten sein.
- Bedürftige Kinder – zum Beispiel aus Familien von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern – sollen gleiche Chancen haben, wie Kinder aus sozial bessergestellten Familien. Bildung ist auch für sie der Schlüssel zu einer guten Zukunft. Hier hilft das von der CDU-geführten Bundesregierung eingeführte Bildungspaket. Damit werden die Chancen der Kinder erheblich verbessert. Rund 2,5 Millionen Kinder können damit Nachhilfe sowie ein warmes Mittagessen in Kita, Schule und Hort bekommen, oder an Freizeitaktivitäten, wie Musikunterricht oder Sport, teilnehmen.

Erfolge bei der Gleichstellung von Frauen und Männern

Frauen sind unter der CDU-geführten Bundesregierung dem Ziel der Gleichberechtigung ein gutes Stück näher gekommen. Unter Rot-Grün waren Frauen- und Familienfragen noch „Gedöns“. Für die CDU sind noch bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt und Gesellschaft Anlass, die erfolgreiche Politik für Frauen fortzusetzen. Wir sorgen für faire Chancen von Frauen im Berufsleben. Wir schützen Frauen vor Gewalt, damit sie sich sicherer fühlen.

- Um Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung von Männern und Frauen zu beseitigen, bietet die Bundesregierung seit Ende 2009 den Unternehmen kostenlos die Nutzung eines Lohnstestverfahrens Logib-D an. Es macht Entgeltunterschiede deutlich und hilft betriebliche Lösungen für faire Bezahlung zu entwickeln. Das Beratungspaket haben bisher 77 Unternehmen in Anspruch genommen.
- Für Frauen, die nach einer längeren Familienphase ins Berufsleben zurückkehren wollen, hält das Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ in Partnerschaft mit der Bundesagentur für Arbeit gezielte Angebote bereit. Gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag hat die Bundesregierung eine Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ gestartet, um Arbeitgeber zu motivieren, mehr familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anzubieten.
- Mit der Einführung eines optionalen Faktorverfahrens im Steuerrecht zum 1. Januar 2010 haben wir die gerechtere Verteilung des Splittingvorteils bewirkt. Ehepartner können die Steuerklasse IV mit einem Faktor beantragen, der den jeweiligen Anteil am Gesamtverdienst abbildet.
- Zwangsverheiratung ist eine moderne Form der Sklaverei. Um Frauen und Mädchen – und auch junge Männer – vor Zwangsheirat zu bewahren, hat die christlich-liberale Koalition ein Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat auf den Weg gebracht. Zwangsheirat ist jetzt ein eigener Straftatbestand.
- Für Frauen und Mädchen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, wird 2012 ein Frauenhilfetelefon mit einer bundesweiten Notrufnummer frei geschaltet.

Integration – Verbindung aus Fördern und Fordern

Deutschland ist heute Integrationsland. Mit dem Nationalen Integrationsplan, den Integrationsgipfeln im Kanzleramt und der Deutschen Islam Konferenz haben wir hierfür ein Fundament geschaffen. Auf diesem Fundament einer neuen Integrationspolitik wird die Leitidee des Förderns und Forderns konsequent verfolgt.

- Mit der Fortsetzung des Dialogs auf dem Integrationsgipfel wie auch in der Deutschen Islam Konferenz setzen wir weiterhin auf eine bessere Verständigung. So wollen wir erreichen, dass Integration weder in eine Sackgasse entstehender Parallelgesellschaften noch in eine Einbahnstraße gegenseitiger Ablehnung und Egoismen gerät.
- Auch der neu geschaffene Integrationsbeirat steht für das Dialogprinzip: Wir wollen nicht übereinander, sondern miteinander reden. Er wird der Integration weitere Impulse verleihen und zur Stärkung des Zusammenhalts in unserem Land beitragen.
- Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Daher sind die Integrationskurse weiter verbessert worden. Mit der „Offensive Frühe Chancen“ wird die frühkindliche Sprachbildung gefördert. An 18 Modellstandorten werden individuelle Integrationsvereinbarungen erprobt, die Integration verbindlicher machen und die Vernetzung vor Ort stärken.
- Das Anerkennungsgesetz ist eine Eintrittskarte für eine erfolgreiche Perspektive in unserem Land. Mit seiner Hilfe verbessern wir die bestehenden Möglichkeiten zur Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen. Unser Ziel ist dabei, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte möglichst vollständig in die Berufs- und Arbeitswelt einzubinden.

Ehrenamt und Bürgergesellschaft vorangebracht

In Deutschland sind über 23 Millionen Menschen über 14 Jahre ehrenamtlich engagiert. Ohne das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Verbänden, Vereinen, in karitativen und kirchlichen Einrichtungen sowie bei der Feuerwehr und den Rettungsdiensten kämen viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zum Stillstand. Gemeinsam mit den jährlich über 40 000 jungen Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren, bilden sie das Rückgrat unserer Gesellschaft und leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer menschlichen Gesellschaft und einem positiven Deutschland-Bild in der ganzen Welt.

- Im internationalen Vergleich belegt Deutschland beim bürgerschaftlichen Engagement einen der vorderen Plätze. Statistisch betrachtet, werden von jedem Ehrenamtlichen durchschnittlich 16,2 Stunden im Monat ehrenamtliche Arbeit geleistet. Diese Stunden entsprechen rund 3,2 Millionen Arbeitsstellen und einem jährlichen Arbeitswert von 35 Milliarden Euro bei einem Stundenlohn von 7,50 Euro. Dabei ist die in Deutschland praktizierte enge Verzahnung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern weltweit einmalig.
- Wie keine andere Partei fördert die Union Bürgerschaftliches Engagement. Das entspricht unserer Vorstellung von einer Gesellschaft, in der jeder für jeden einsteht, in der der Staat sich zurückhält und darauf achtet, dass die Verantwortung vor Ort wahrgenommen wird. Während unter Rot-Grün das Ehrenamt ein Schattendasein fristete, ist es der CDU-geführten Bundesregierung gelungen, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Vereine zu verbessern. Ehrenamtlich Tätige und Vereine werden von Bürokratie entlastet, Haftungsbegrenzungen und -erleichterungen für ehrenamtliche Vereinsvorstände eingeführt und die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten verbessert.
- Einen weiteren Meilenstein auf dem Weg in die Bürgergesellschaft bildet der am 1. Juli 2011 neu eingeführte Bundesfreiwilligendienst aller Generationen. Durch die gleichzeitige Stärkung der Freiwilligendienste der Länder fördert die CDU künftig 70 000 Freiwillige mit mehr als 350 Millionen Euro im Jahr.

Verbraucherfreundliche Politik gestärkt

Die deutschen Verbraucher können aus einem nie dagewesenen Angebot an hochwertigen Lebensmitteln und Produkten auswählen. Immer mehr Deutsche sind zudem online. 75 Prozent nutzen das Internet, um sich zu informieren, einzukaufen oder ihren Geschäftsverkehr zu erledigen. Entscheidend ist, dass die Bürger dabei viel besser informiert und vor Täuschung oder Marktmissbrauch geschützt sind, als noch vor einigen Jahren.

- Bei der Geldanlage gilt: Kurz, verständlich und klar. Nach dem Beratungsprotokoll ist seit dem 1. Juli 2011 der sogenannte „Beipackzettel“, ein Produktinformationsblatt von Anlagepapieren, Pflicht. Damit wird der Kunde über Chancen, Risiken und Kosten informiert.
- Verbraucher haben inzwischen verbrieft Fahrgastrechte im Verkehrsbereich. Bahnkunden erhalten z. B. bei Verspätungen ab einer Stunde eine Entschädigung. Für Flugangebote gibt es die Pflicht zur Angabe des Endpreises inklusive aller Zusatzkosten, Gebühren und Steuern.

Kommt es zu Unstimmigkeiten, muss in der Regel nicht mehr aufwändig geklagt werden. Seit 2009 gibt es die Schlichtungsstelle öffentlicher Personenverkehr (söp). In mehr als 90 Prozent der Fälle nehmen Unternehmen und Kunden die söp-Schlichtungsvorschläge an.

- Auch im Urlaub gibt es keine böse Überraschung mehr. Seit 2007 gelten EU-weit Preisgrenzen für Mobilgespräche und Kurzmitteilungen. Abgehende Telfonanrufe dürfen derzeit z. B. höchstens 35 Cent (ohne Mehrwertsteuer) pro Minute kosten. Bis 2014 sollen die Höchstpreise für Telefonate wie auch die Kosten für das Herunterladen von Datenpaketen auf Smartphones nochmals drastisch sinken.
- Die Bürger können sich besser vor unerbetener Telefonwerbung schützen. Ohne ausdrückliche Einwilligung des Kunden sind solche Anrufe untersagt. Die Strafen gegen Verstöße wurden drastisch auf bis zu 50.000 Euro erhöht und die Rufnummerunterdrückung ist ebenfalls verboten worden.
- Verbraucher haben heute das Recht, bei Behörden dort vorliegende Informationen über Lebensmittel und Kosmetika zu erhalten. In Zukunft wird dies noch leichter werden und vor allem bei einfachen Auskünften auch kostenlos sein.
- In den letzten Jahren haben immer mehr Menschen Breitbandanschlüsse für die schnelle Internetkommunikation erhalten. Von 10,8 Millionen Anschlüssen 2005 ist ihre Zahl bis 2010 auf 26,2 Millionen gestiegen. Nach der Freigabe von Frequenzen hat auch der Ausbau des mobilen Breitbands begonnen. Dabei müssen die Unternehmen zuerst die weißen Flecken auf dem Land schließen.

II.3 Politik für ein sicheres Deutschland

Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit. Recht und Ordnung durchsetzen und die Freiheit der Bürger schützen – diese Ziele hat die CDU-geführte Bundesregierung in ein vernünftiges Gleichgewicht gebracht. Dies ist die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Bürger und das Vertrauen in den Staat.

Innere Sicherheit: Deutschland – eines der sichersten Länder der Welt

Dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt ist, haben wir vor allem der hervorragenden Arbeit unserer Sicherheitsbehörden zu verdanken. Zu Recht genießen sie bei den Menschen ein hohes Maß an Vertrauen. Vergleicht man die Kriminalstatistik der Länder, wird deutlich: Dort, wo die Union in Deutschland regiert, leben die Menschen sicherer. So gab es im Jahr 2010 in den unionsregierten Ländern Bayern (4 958), Baden-Württemberg (5 324), Thüringen (6 136), Hessen (6 629) und Sachsen (6 972) bundesweit die wenigsten Straftaten auf 100 000 Einwohner.

Ohne bürgerliche Freiheiten unnötig einzuschränken, wird für Sicherheit in unserem Land im Alltag und vor Ort gesorgt, damit sich die Menschen auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, auf Bahnhöfen zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können.

- Hierfür haben wir eine gut ausgestattete Polizei, die sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist. Um zu vermeiden, dass sie zunehmend zur Zielscheibe von Gewalt wird, hat die CDU-geführte Bundesregierung einen verbesserten strafrechtlichen Schutz von Polizeibeamten und anderen Personen durchgesetzt, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Wer Menschen verletzt, die für unsere Sicherheit arbeiten, muss in Zukunft mit deutlich härteren Strafen rechnen.
- Die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze bis 2016 ermöglicht es den deutschen Sicherheitsbehörden auch in Zukunft, effektiv gegen die terroristische Bedrohung vorzugehen.
- Mit der Cybersicherheitsstrategie und dem neuen nationalen Cyber-Abwehrzentrum ist ein weiterer Schritt im Kampf gegen kriminelle, terroristische und nachrichtendienstliche Akteure unternommen worden. Damit wird die Sicherheit des Internets gewährleistet, ohne dessen Chancen und Nutzen unnötig einzuschränken.

- Mit der im Bundeskabinett beschlossenen Errichtung einer Visa-Warndatei wird ein wirksames Instrument geschaffen, um Visamissbrauch, illegale Einwanderung und deren Folgen bekämpfen zu können.

Äußere Sicherheit: Verteidigung auf eine zeitgemäße neue Grundlage gestellt

Die Neuausrichtung der Bundeswehr wurde und wird tatkräftig umgesetzt. Die Aussetzung der Wehrpflicht eröffnet den Weg für die Gestaltung der Bundeswehr der Zukunft.

- Die Wehrpflicht hat große Verdienste für die Sicherheit unseres Landes, doch ist eine Einberufung von Wehrpflichtigen heute sicherheitspolitisch nicht mehr notwendig. Die Bundeswehr wird kleiner, aber schlagkräftiger. Engagierte junge Frauen und Männer, die ihrem Land dienen wollen, haben die Möglichkeit, sich flexibel für einen Dienst in den Streitkräften zu verpflichten. Die Bundeswehr der Zukunft soll 170 000 Berufs- und Zeitsoldaten haben. Dazu kommen 5 000 bis 15 000 freiwillig Wehrdienstleistende.
- Sorgen, es könnten nicht genug junge Frauen und Männer Interesse am Dienst für das Vaterland haben, scheinen unbegründet. Bereits zur Jahresmitte hat die Bundeswehr bei Offizieranwärtern das Soll zu 97, bei Unteroffizieren und Mannschaften zu 77 Prozent erfüllt. Es gibt drei Bewerber auf eine Stelle. Anfang Juli 2011 zogen 3 419 Freiwillige mit Dienstzeiten bis zu 23 Monaten in die Kasernen ein. Dazu kamen 3 761 Längerdienende und ca. 5 700 Soldaten, die noch ihren Grundwehrdienst begonnen hatten und dann freiwillig verlängerten.

Internationale Verantwortung: Für Religionsfreiheit und Zusammenarbeit – weltweit

Um in Deutschland sicher leben zu können, setzen wir uns international dafür ein, dass die Welt sicherer wird. Dazu müssen alle Völker sich Zukunftsperspektiven in Freiheit und Selbstbestimmung erarbeiten können.

- Die Union hat sich dem Thema Religionsfreiheit und Vorgehen gegen Christenverfolgung mehr als alle anderen politischen Kräfte im Bundestag verschrieben. Die Fraktion hat den sogenannten Stephanuskreis gegründet, der nach dem ersten christlichen Märtyrer benannt ist und der sich intensiv mit dem universellen Menschenrecht auf freie Religionsausübung und gegen Christenverfolgung einsetzt.

- In der Entwicklungszusammenarbeit ist die CDU-geführte Bundesregierung gut vorangekommen. Die so genannte Vorfeldreform der staatlichen Durchführungsorganisationen der technischen Entwicklungszusammenarbeit ist ein großer Erfolg der christlich-liberalen Bundesregierung. Nachdem Rot-Grün in der letzten Legislaturperiode an einer Reform der staatlichen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit gescheitert ist, wurde das Thema seit Ende 2009 nun schnell und entschlossen angegangen. Die im Januar 2011 vollzogene Fusion der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) und des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) stärkt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Indem die Zahl der beteiligten Organisationen verringert wurde, wird die deutsche Politik in der Außenwahrnehmung unserer Partner in den Entwicklungsländern sichtbarer und die Kooperation erleichtert.
- Zugleich stärkt die Zusammenlegung der Durchführungsorganisationen das Entwicklungsministerium. Dies ist sehr wichtig, weil es dabei auch um die Schlagkraft unserer Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler Ebene geht. Unser Einfluss in internationalen entwicklungspolitischen Organisationen kann so gestärkt und an unsere finanziellen Leistungen angepasst werden. Mit der Vorfeldreform stärken wir zugleich unseren Einfluss in der Welt.

III. Zukunft in Verantwortung gestalten

Um unser Land weiterhin als Standort und Lebensmittelpunkt gestalten zu können, wird die CDU-geführte Bundesregierung auch in Zukunft verantwortungsbewusst handeln.

Verantwortungsbewusster Umgang mit Wirtschaft und Finanzen

Die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre in unserem Land ist weder Selbstverständlichkeit noch Selbstläufer. Sie ist vielmehr das Ergebnis von Leistungen der Menschen in unserem Land und von Entscheidungen der CDU-geführten Bundesregierung, die die richtigen Rahmenbedingungen ermöglichten. Heute stehen wir vor der Herausforderung, die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre auch für die Zukunft durch tägliche Anstrengung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu sichern und Erfolge immer wieder aufs Neue zu ermöglichen. Gerade die letzten Jahre haben uns dabei gezeigt, dass eine zentrale Herausforderung in vielen Bereichen die Übernahme von Verantwortung und damit das Durchsetzen eines wesentlichen Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft ist.

- Ziel der CDU ist, die Sozialen Marktwirtschaft auf den Finanzmärkten und der global agierenden Wirtschaft international stärker zu verankern. Hier geht es letztendlich darum, durch international gültige Rahmenbedingungen sicher zu stellen, dass die, die auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft Risiken eingehen, vom erreichten Nutzen selbst profitieren können aber für entstandenen Schaden auch einstehen müssen.
- Deshalb stehen für uns faire Handelsbedingungen samt Schutz geistigen Eigentums genauso auf der internationalen Agenda wie Regeln für die internationalen Finanzmärkte, die dafür sorgen, dass an Stelle des Steuerzahlers die dortigen Akteure zukünftig für angerichtete Schäden selbst einstehen müssen.
- Das Gleiche gilt für uns auch, mit Blick auf die Schuldenkrise in der Eurozone. Das Prinzip, das jeder Staat für seine Schulden selbst einsteht, muss wieder besser durchgesetzt werden und solange gelten, wie die wesentlichen Haushaltsentscheidungen auf nationaler Ebene getroffen werden. Langfristig werden wir uns in Europa besser abstimmen und näher zusammenrücken müssen. Wir brauchen darüber hinaus auch künftig eine enge internationale Zusammenarbeit – auch mit unseren transatlantischen Partnern. Nur so wird unser Kontinent – und damit auch Deutschland – eine Chance haben in einer Welt zu bestehen, in der sich die Gewichte mehr und mehr nach Südostasien und nach Südamerika verschieben.

Ressourcen verantwortlich nutzen

Die Ressourcen unserer Erde sind endlich. Ob Öl, Gas oder andere – ein Ende der Verfügbarkeit ist absehbar. Die CDU-geführte Bundesregierung steht auch deshalb bei dem Thema Sicherung und Erschließung von Ressourcen in besonderem Maße für verantwortungsbewusstes Handeln. Eine weitere entscheidende Rolle spielt die große Herausforderung, einen drohenden unkalkulierbaren Klimawandel zu verhindern. Hier ist internationale Verantwortung gefragt. Dieser Herausforderung muss die Völkergemeinschaft gemeinsam begegnen.

Gleichzeitig liegt in einer Neuausrichtung der Energiegewinnung eine wirtschaftliche Chance für Deutschland. Mit dem beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien wird unser Land seine hervorragende technologische Stellung auf diesem Gebiet weiter ausbauen. Dies kann ein entscheidender Beitrag für Beschäftigung und Wohlstand in der Zukunft sein.

Den demografischen Wandel begleiten

Die Politik – und allen voran die amtierende Bundesregierung – muss dazu beitragen, dass auf den demografischen Wandel und die damit einhergehenden Veränderungen in der Zusammensetzung unserer Bevölkerung zukunftsweisend reagiert wird. Veränderungen in der Struktur einer Gesellschaft machen weitere Veränderungen erforderlich – von der Infrastruktur über das tägliche Leben bis hin zu den Sozialsystemen.

Angesichts der fortschreitenden Globalisierung muss Deutschland international wettbewerbsfähig bleiben. Dies betrifft vor allem auch die Kosten für Arbeit. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass die Beschäftigten nicht wieder durch eine zu hohe Abgabenlast überfordert und so die erreichten Erfolge gefährdet werden.

Schulden reduzieren – die Bürger entlasten

Im Steuersystem wollen wir die kalte Progression abmildern. Gerade die unteren und mittleren Einkommen erfahren bei Einkommensanhebungen oft, dass ihre Steuerlast steigt, ohne dass ihre Kaufkraft gleichermaßen gestiegen wäre.

Auch Steuervereinfachungen bleiben auf der Tagesordnung. Sie können ein Beitrag sein, auf dem Weg des Bürokratieabbaus weiter voranzukommen. Dieser Entlastungsweg schont die öffentlichen Haushalte und hilft, Entscheidungen in verantwortlicher Abwägung mit der Haushaltssituation zu treffen. Der jahrzehntelange Marsch in den Schuldenstaat muss beendet werden. Die Einhaltung, der von uns durchgesetzten Schuldenbremse, hat Vorrang – das sind wir unseren Kindern schuldig.

Familien entlasten – Zusammenhalt stärken

Für unsere Kinder ist, neben einem finanziell handlungsfähigen Staat, für die nächsten Jahrzehnte von Bedeutung, dass die Welt von heute ein familienfreundliches Umfeld in Gesellschaft und Arbeitswelt bietet. Hier sehen wir Verantwortung, den politischen Rahmen entsprechend weiter zu entwickeln, den Akteuren aber nötige Freiheiten zu belassen. Gleiches gilt für die Entwicklung der Bürgergesellschaft. Wir sind überzeugt davon, dass Bürgersinn, gesellschaftlichen Zusammenhalt stiftet. Mitverantwortung kann nicht nur in der Familie sondern auch in der Kirche, der Arbeitswelt, in Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen übernommen werden.

Nicht immer ist der Ruf nach dem Eingreifen des Staates so notwendig, wie er erscheint. Bürgersinn bietet nicht nur die Chance für den Einzelnen zur Entfaltung in Verantwortung, sondern auch für den Staat, sich stärker auf das zu konzentrieren, wo seine Verantwortungsübernahme unersetzlich ist, wie etwa bei der Gewährleistung der Inneren und Äußeren Sicherheit.

Verantwortung übernehmen

Wir sind überzeugt, dass das Prinzip der Verantwortung, ein entscheidender Wegbegleiter und erfolgreicher Wegbereiter beim Meistern der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist. Es ist ein Schlüssel, damit Deutschland auch zukünftig auf Erfolgskurs bleibt.